



2019/2158(INI)

29.1.2021

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie

für den Fischereiausschuss

zu den Auswirkungen von Offshore-Windparks und anderen Systemen für die Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Quellen auf die Fischerei (2019/2158(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Morten Petersen

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ersucht den federführenden Fischereiausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. erinnert an die dauerhafte Verpflichtung der EU, neben ihren Maßnahmen zur Eindämmung der Auswirkungen des weltweiten Klimawandels, bis spätestens 2050 CO₂-Neutralität zu erreichen, was auch im Europäischen Grünen Deal und im Konjunkturprogramm bekräftigt wurde; nimmt den Vorschlag der Kommission, die Treibhausgasemissionen weiter zu senken, zur Kenntnis, der in ihrer Mitteilung vom 17. September 2020 mit dem Titel „Mehr Ehrgeiz für das Klimaziel Europas bis 2030 – In eine klimaneutrale Zukunft zum Wohl der Menschen investieren“ (COM(2020)0562) hervorgehoben wurde; erinnert an das Mandat des Parlaments, das bei der Abstimmung im Plenum über das Klimagesetz in Bezug auf das Emissionsreduktionsziel für 2030 angenommen wurde¹;
2. betont, dass erneuerbare Energieträger und Energieeffizienz zu den treibenden Kräften im Hinblick auf das Erreichen einer CO₂-neutralen Wirtschaft zählen; betont, dass die Kapazitäten der Offshore-Infrastruktur zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen und die Offshore-Stromerzeugung entsprechend gesteigert werden müssen, damit das für 2030 angestrebte Ziel im Bereich erneuerbare Energien erreicht werden kann; betont, dass die Offshore-Windenergie unter den aufstrebenden und innovativen Wirtschaftszweigen zu den am weitesten fortgeschrittenen und am schnellsten wachsenden Branchen zählt; betont, dass die aktive Entwicklung und der Einsatz von Offshore-Windenergie ihre Wettbewerbsfähigkeit als Energiequelle steigern und somit zu niedrigeren Energiepreisen und einer höheren Erschwinglichkeit beitragen dürften;
3. betont, dass eine Steigerung der Energieerzeugung durch Offshore-Windparks für die Umstellung auf saubere Energieträger von wesentlicher Bedeutung ist; betont, dass die Offshore-Windkraftleistung der EU, in Anbetracht der Tatsache, dass sie derzeit nur 12 GW beträgt, bis 2050 schätzungsweise auf 300–450 GW gesteigert werden muss; betont, dass Offshore-Windparks bei der Stromerzeugung tendenziell effizienter sind als Onshore-Windparks, da auf dem Meer mehr Windenergieressourcen zur Verfügung stehen als auf dem Festland und es dort möglich ist, größere und leistungsstärkere Generatoren zu installieren;
4. betont, dass die Entscheidung, bis 2023 Platz für zusätzliche Offshore-Windkraftkapazitäten von mindestens 60 GW zu finden, von größter Bedeutung ist und in den nächsten Jahren als Priorität erachtet werden sollte; weist darauf hin, dass beim Zubau der erneuerbaren Offshore-Energie in den verschiedenen europäischen Meeresbecken in Bezug auf Größe und Leistung große Unterschiede festzustellen sind, was insbesondere daran liegt, dass sich der Großteil der europäischen Offshore-Windkraftanlagen auf die Nord- und die Ostsee konzentrieren wird, wo günstigere Bedingungen vorherrschen; stellt fest, dass dieses Potenzial aufgrund der technologischen Entwicklungen weiter steigen wird – auch im Atlantik und in den südeuropäischen Meeren;

¹ Angenommene Texte, P9_TA(2020)0253.

5. betont, dass schwimmende Windparks die Möglichkeit bieten, die für Offshore-Windparks zur Verfügung stehende Meeresfläche, insbesondere mit Blick auf Tiefseegebiete, erheblich zu erweitern; weist darauf hin, dass schwimmende Windparks aufgrund stärkerer und beständigerer Winde große Mengen an Energie erzeugen und die visuellen Auswirkungen in den europäischen Küstengebieten verringern könnten, besser mit den Fang- und Schifffahrtswegen vereinbar wären sowie als Fischsammelgeräte fungieren, Möglichkeiten für die Nutzung zuvor nicht zugänglicher Gebiete eröffnen und dazu beitragen könnten, dass es zu weniger maritimen Raumkonflikten im Einklang mit der vorherigen Bewertung der Optionen für eine transparente und integrierte Raumbewirtschaftung kommt;
6. betont, dass Offshore-Windkraftanlagen in tiefen Gewässern der EU (d. h. im Mittelmeer, im Schwarzen Meer und im Atlantik) eingesetzt werden müssen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten daher auf, die Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationstätigkeiten in Bezug auf schwimmende Windparks auszuweiten und zu prüfen, ob ein IPCEI (wichtiges Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse) für ein Großprojekt eingerichtet werden könnte;
7. erinnert daran, dass die Offshore-Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern auch Möglichkeiten für die Erzeugung von Wasserstoff aus erneuerbaren Quellen bietet, wie in den Mitteilungen der Kommission „Eine EU-Strategie zur Nutzung des Potenzials der erneuerbaren Offshore-Energie für eine klimaneutrale Zukunft“ (COM(2020)0741) vom 19. November 2020 und „Förderung einer klimaneutralen Wirtschaft: Eine EU-Strategie zur Integration des Energiesystems“ (COM(2020)0299) vom 8. Juli 2020 sowie „Eine Wasserstoffstrategie für ein klimaneutrales Europa“ (COM(2020)0301) dargelegt wird;
8. betont, dass ein großangelegter Zubau der Offshore-Windkraftleistung einen intelligenten Ansatz erfordert, damit das Nebeneinander mit anderen Tätigkeiten, die bereits in den betroffenen Gebieten stattfinden, funktioniert; betont, dass es bereits Beispiele für eine Koexistenz des Fischereisektors und der Offshore-Windenergiebranche gibt und dass diese Erfahrungen genutzt werden sollten, um die besten verfügbaren Verfahren für die mehrfache Nutzung der jeweiligen Ressourcen während des gesamten Lebenszyklus der Meeresinfrastruktur zu finden und auszutauschen; betont, dass die Zusammenarbeit für ein sicheres Nebeneinander von Fischereiaktivitäten und dem Betrieb von Windparks von entscheidender Bedeutung ist – so sollten die Windenergiebranche, Fischer und lokale Behörden beim Datenaustausch mit der Fischereiwirtschaft und bei der genauen Standortbestimmung von Windparks, Kabeln und damit zusammenhängenden Anlagen sowie von Sperrgebieten (vorübergehenden oder dauerhaften) und Sicherheitszonen, einschließlich solcher, auf denen sich versenkte Munition befindet, zusammenarbeiten;
9. betont, dass die Schaffung neuer, nachhaltiger Arbeitsplätze und die Förderung der Nutzung von Windkraft für die lokale Stromversorgung wichtige Indikatoren für die lokale Akzeptanz von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien wie Offshore-Windparks und damit zusammenhängender landseitiger Infrastruktur sind und dass diese Variable die Beziehung zwischen der Energiesicherheit und der Akzeptanz der Küstengemeinden prägt; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Entwicklung von Investitionen in Offshore-Windenergie im Rahmen von Programmen zu fördern, die die

Teilhabe und aktive Beteiligung der Öffentlichkeit sicherstellen;

10. betont, dass die Mehrfachnutzung von Meeresgebieten von Anfang an in Erwägung gezogen werden muss, wobei die Interessen der Offshore-Windenergiebranche, des Fischereisektors und die Verwirklichung der Energie-, Klima- und Biodiversitätsziele der EU aufeinander abgestimmt werden müssen; betont, dass Offshore-Windparks der biologischen Vielfalt der Meere zugutekommen und als Rückzugsgebiete dienen könnten, wenn ihre Konzeption und ihr Bau gut durchdacht sind; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Auswirkungen der bereits in Betrieb befindlichen Offshore-Windparks auf die Revitalisierung mariner Lebensräume und die biologische Vielfalt zu bewerten und auf EU-Ebene bewährte Verfahren festzulegen;
11. betont, dass die Nutzung des Meeres für die Energieerzeugung bei gleichzeitiger Gewährleistung des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung der Fischerei und anderer Wirtschaftstätigkeiten eine gemeinsame Planung und eine Bewertung ihrer kumulativen Auswirkungen, einschließlich der sozioökonomischen und soziokulturellen Auswirkungen, erfordert; vertritt die Auffassung, dass die Zusammenarbeit zwischen den Branchen, die im Offshore-Bereich und in der Wirtschaft tätig sind, ebenfalls eine Triebkraft für einen gerechten Übergang sein wird; fordert die zuständigen Behörden auf, Initiativen zu prüfen, die die lokale Wirtschaft und Wirtschaftstätigkeiten im Offshore-Bereich ankurbeln, und Synergien zwischen Wirtschaftszweigen zu finden, die das Fundament für eine zukunftssichere wirtschaftliche Erholung bilden können;
12. betont, dass langfristige Optionen für die mehrfache Nutzung von Offshore-Gebieten zu einem früheren Zeitpunkt geprüft werden müssen, um den Ausbau von Offshore-Windparks zu ermöglichen und gleichzeitig ihre direkten und indirekten Folgen für die Fischerei zu abzumildern; betont, dass der Regelungsrahmen der EU dazu beitragen sollte, dass die Umweltauswirkungen überwacht und Maßnahmen ergriffen werden, damit solche Folgen verhindert und minimiert werden; betont ferner, dass bei der Entwicklung einer EU-Strategie für Offshore-Windenergie dafür gesorgt werden sollte, dass sich die Strategien in den Bereichen Klimaschutz, Energie, Fischerei und marine Biodiversität gegenseitig verstärken;
13. betont, dass die Zuweisung von Flächen gegebenenfalls das Ergebnis einer gemeinsamen maritimen Raumplanung sein sollte, an der die Kommission, die Mitgliedstaaten und die Nachbarländer teilhaben, damit die Nutzung des Meeresraums und die branchen- und länderübergreifende Zusammenarbeit optimiert und räumliche Konflikte unter Berücksichtigung der gegenseitigen Achtung und gutnachbarlicher Beziehungen verringert werden; betont, dass die maritimen Raumordnungspläne gemäß der Richtlinie 2014/89/EU so rasch wie möglich, spätestens jedoch bis zum 31. März 2021 festgelegt werden müssen;
14. fordert die Kommission auf, eine Folgenabschätzung durchzuführen, um zu untersuchen, welche Auswirkungen auf die Wirtschaft, die Gesellschaft, die Umwelt, das Klima und die Artenvielfalt zu erwarten sind, wenn neue Offshore-Windkraftanlagen in Gebieten gebaut werden, in denen es wahrscheinlich zu Kollisionen mit dem Fischereisektor kommt.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	28.1.2021
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 59 - : 3 0 : 12
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	François Alfonsi, Nicola Beer, François-Xavier Bellamy, Hildegard Bentele, Tom Berendsen, Vasile Blaga, Michael Bloss, Paolo Borchia, Marc Botenga, Markus Buchheit, Cristian-Silviu Buşoi, Carlo Calenda, Andrea Caroppo, Maria da Graça Carvalho, Ignazio Corrao, Ciarán Cuffe, Josianne Cutajar, Nicola Danti, Pilar del Castillo Vera, Martina Dlabajová, Christian Ehler, Valter Flego, Niels Fuglsang, Lina Gálvez Muñoz, Claudia Gamon, Jens Geier, Nicolás González Casares, Bart Groothuis, Christophe Grudler, Henrike Hahn, Robert Hajšel, Ivo Hristov, Ivars Ijabs, Romana Jerković, Eva Kaili, Seán Kelly, Izabela-Helena Kloc, Łukasz Kohut, Zdzisław Krasnodębski, Andrius Kubilius, Miapetra Kumpula-Natri, Thierry Mariani, Marisa Matias, Eva Maydell, Georg Mayer, Joëlle Mélin, Iskra Mihaylova, Dan Nica, Angelika Niebler, Aldo Patriciello, Mauri Pekkarinen, Mikuláš Peksa, Tsvetelina Penkova, Morten Petersen, Markus Pieper, Clara Ponsati Obiols, Manuela Ripa, Jérôme Rivière, Robert Roos, Maria Spyrali, Jessica Stegrud, Beata Szydło, Riho Terras, Grzegorz Tobiszowski, Patrizia Toia, Evžen Tošenovský, Marie Toussaint, Isabella Tovaglieri, Henna Virkkunen, Pernille Weiss, Carlos Zorrinho
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Pascal Arimont, Cornelia Ernst, Jutta Paulus

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

59	+
EPP	Pascal Arimont, Hildegard Bentele, Tom Berendsen, Vasile Blaga, Cristian-Silviu Buşoi, Pilar del Castillo Vera, Christian Ehler, Seán Kelly, Andrius Kubilius, Eva Maydell, Angelika Niebler, Aldo Patriciello, Markus Pieper, Massimiliano Salini, Maria Spyraiki, Riho Terras, Henna Virkkunen, Pernille Weiss
S&D	Carlo Calenda, Josianne Cutajar, Niels Fuglsang, Lina Gálvez Muñoz, Jens Geier, Nicolás González Casares, Robert Hajšel, Ivo Hristov, Romana Jerković, Eva Kaili, Łukasz Kohut, Miapetra Kumpula-Natri, Dan Nica, Tsvetelina Penkova, Patrizia Toia, Carlos Zorrinho
RENEW	Nicola Beer, Nicola Danti, Martina Dlabajová, Valter Flego, Claudia Gamon, Bart Groothuis, Christophe Grudler, Ivars Ijabs, Iskra Mihaylova, Mauri Pekkarinen, Morten Petersen,
ID	Paolo Borchia, Thierry Mariani, Joëlle Mélin, Jérôme Rivière, Isabella Tovaglieri
ECR	Izabela-Helena Kloc, Zdzisław Krasnodębski, Beata Szydło, Grzegorz Tobiszowski, Evžen Tošenovský
The Left	Marc Botenga, Cornelia Ernst, Marisa Matias
NI	Andrea Caroppo

3	-
EPP	François-Xavier Bellamy
ECR	Robert Roos, Jessica Stegud

12	0
Verts/ALE	François Alfonsi, Michael Bloss, Ignazio Corrao, Ciarán Cuffe, Henrike Hahn, Jutta Paulus, Mikuláš Peksa, Manuela Ripa, Marie Toussaint
ID	Markus Buchheit, Georg Mayer
NI	Clara Ponsatí Obiols

Erläuterungen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltungen